



**MEHR
GRÜN**

FÜR DEN KREIS MEISSEN.
Kommunalwahlprogramm 2014

MEHR GRÜN VOR ORT.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



INHALT

I. VORWORT	3
II. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG, KUNST UND KULTUR	4
1. Elblandkliniken.....	4
2. Notfallversorgung – Rettungsdienste.....	4
3. Feuerwehr.....	4
4. Soziales.....	5
5. Kinder und Jugend.....	5
6. Asyl.....	6
7. Erziehung und Bildung.....	7
8. Kunst und Kultur.....	8
III. WIRTSCHAFT	8
IV. VERKEHR UND MOBILITÄT	10
1. Bus und Bahn.....	10
2. Unterwegs mit dem Rad.....	12
3. Straße.....	12
4. Zu Fuß.....	12
V. BAUWESEN UND WOHNUNGSPOLITIK	13
1. Frühestmögliche Bürgerbeteiligung.....	13
2. Kinder-, behinderten- und altersgerechtes Bauen.....	14
3. Umweltgerechtes Bauen und ausreichende Begrünung.....	14
4. Vermeidung von Polarisierungen.....	14
VI. NATURSCHUTZ	15
VII. LANDWIRTSCHAFT UND GARTENBAU	16
VIII. ENERGIEPOLITIK	17
IX. WASSER	18
X. ABFALLWIRTSCHAFT	18
XI. GESCHLECHTERPOLITIK	19
XII. TIERSCHUTZ	19

I. VORWORT

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

das vorliegende Kommunalwahlprogramm 2014 ist die thematische Schwerpunktsetzung für unsere Arbeit im Kreistag. In den vergangenen fünf Jahren waren BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Meißen mit vier Kreisräten in unserem Kreistag vertreten. An diese erfolgreiche Arbeit wollen wir mit diesem Programm anschließen.

Die schlechte finanzielle Lage des Landkreises und seiner Kommunen stellte uns ständig vor neue Herausforderungen. Gerade der mit den Mittelkürzungen einhergehende Abbau im sozialen und kulturellen Bereich beschäftigt uns intensiv.

Einen besonderen Schwerpunkt machte in den vergangenen Monaten auch die Arbeit zur Zukunft der Elblandkliniken aus. Aber auch schon gewohnte Probleme, wie die Auswirkungen von Industrieanlagen, der Müllentsorgung und Gesteinsabbau und auch immer wieder Baumaßnahmen mit einschneidenden Auswirkungen für die Bevölkerung forderten uns heraus. In den vergangenen Jahren konnten wir Bündnisgrünen einiges erreichen, vieles gibt es aber noch zu tun. Unser Programm soll ein Leitfaden für unsere regionale Arbeit sein. Aktuelle Themen und Probleme werden von uns genauso angefasst, wie mittelfristige Aufgaben und Visionen für den Landkreis. Unter allen unseren Programmpunkten prägt aber der Einsatz für Bürgerrechte und Bürgerbeteiligung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens unsere Arbeit. Dies wird auch in Zukunft unverändert so sein. Aber auch der Blick und helfende Hände für Sozialsuchwache, Randgruppen und benachteiligte Bürgerinnen und Bürger wird weiterhin ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein. Wir bitten Sie, unterstützen Sie unser Programm, unsere Ziele und Projekte.

Arbeiten Sie mit uns gemeinsam an der Lösung der zu meisternden Aufgaben für die Zukunft. Stärken sie unsere Fraktion im neuen Kreistag Meißen! Wir bieten Ihnen kompetente, einsatzbereite und ehrgeizige Kandidatinnen und Kandidaten.

Das vorliegende Programm ist ein Angebot an Sie, welches wir gerne umsetzen würden. Bitte bringen Sie uns dafür Ihr Vertrauen entgegen.

Mit den besten Wünschen und Grüßen,

Thoralf Möhlis, Sprecher für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Meißen

II. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG, KUNST UND KULTUR

1. ELBLANDKLINIKEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Meißen setzen sich für die Elblandkliniken als vorbildlich geführte kommunale Krankenhäuser ein. Eine Privatisierung – auch durch die Hintertür – lehnen wir strikt ab. Den Weg der Ökonomisierung unserer Gesundheitseinrichtungen betrachten wir kritisch.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die bisherigen Entscheidungen überdacht werden und die jeweiligen Konsequenzen für Personal, Patienten und den Kreishaushalt öffentlich diskutiert werden.

Die Qualität, der Ruf und das Image der Kliniken darf nicht weiter geschädigt werden.

2. NOTFALLVERSORGUNG – RETTUNGSDIENSTE

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Meißen lehnen die zunehmende Ökonomisierung der Notfallmedizin und damit der Rettungsdienste, ab. Wir sprechen uns für die Abschaffung der Ausschreibungspflicht für Rettungsdienste aus.

Wir favorisieren die Konzessionsvergabe an örtlich aktive und erfahrene Hilfsorganisationen.

Wichtig ist uns, dass der Landkreis das ehrenamtliche Engagement der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Katastrophenschutz und psychosozialer Notfallversorgung als Beitrag zur öffentlichen Daseinsfürsorge würdigt.

3. FEUERWEHR

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Meißen sehen in allen Teilen des Landkreises gleichermaßen das Problem der Gewährleistung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren – insbesondere tagsüber.

Der Landkreis darf die Kommunen bei der Suche nach Freiwilligen nicht alleinlassen. Es sind durch den Landkreis geeignete Wege zu finden die Kommunen bei ihrem Versorgungsauftrag zu unterstützen.

4. SOZIALES

Der Landkreis Meißen ist auch 23 Jahre nach der „Deutschen Einheit“ im besonderem Maße von einer hohen Arbeitslosigkeit und all ihren Folgeerscheinungen betroffen. Deshalb ist es auch wichtig, dass die wenigen bestehenden Angebote z.B. Beratungsstellen, Begegnungsstätten, Jugendwerkstätten auch im neuen Landkreis bestehen bleiben. Diese Angebote helfen die Folgen von Arbeitslosigkeit zu mildern.

Die bisherige Förderung sozialer Projekte durch den Landkreis darf, trotz der schlechten Finanzlage, keine weiteren finanziellen Einschnitte hinnehmen, sondern ist bedarfsgerecht (z.B. auf Grundlage einer Jugendhilfeplanung) fortzuführen. Vor allen Dingen die Kommunen müssen sich ihrer Verantwortung stärker als bisher bewusst werden und soziale Projekte aufbauen bzw. stärker als bisher fördern.

5. KINDER UND JUGEND

Kinder und Jugendliche dürfen nicht erst dann „interessant“ werden, wenn sie sich in einer Notlage befinden, mit dem Gesetz in Konflikt kamen oder politisch extreme Positionen einnehmen.

Kinder- und Jugendarbeit hat vor allem präventiven Charakter. Durch vorbeugende Maßnahmen soll, kann und muss verhindert werden, dass Kinder in sozialem Abseits groß werden oder rechtsextreme oder neofaschistische Gruppierungen noch mehr Zulauf von Jugendlichen erhalten. Trotzdem bleibt die Arbeit mit Randgruppen (auch politisch extremen Gruppierungen) ein besonders wichtiger Bestandteil der Jugendarbeit. Jugendarbeit darf jedoch nicht nur im Freizeitbereich angesiedelt sein. Die hohe Zahl von arbeitslosen, wohnungslosen oder auch straffällig gewordenen Jugendlichen zeigt andere wichtige Ansatzpunkte für Jugendarbeit.

Ambulante Maßnahmen als Hilfeform für Kinder und Jugendliche sind stationären Hilfeformen vorzuziehen. Bei stationärer Unterbringung von Kindern und Jugendlichen muss langfristig auf kleinere, dezentrale Projekte hingearbeitet werden. Große und zentrale Unterbringungsmöglichkeiten sind nicht mehr zeitgemäß. Die Unterbringung von Kindern in geschlossenen Einrichtungen lehnen wir nach wie vor kategorisch ab.

Besonders in den Sozial-, Jugend- und Gesundheitsämtern sollen an allen bisherigen Standorten des Landratsamtes mindestens einmal wöchentliche Sprechzeiten

erhalten bleiben. Perspektivisch sollten in allen Städten des Landkreises Bürger-sprechstunden eingerichtet werden.

Die Jugendhilfeplanung des Landkreises muss zur Stärkung zur Vernetzung zwischen freier und öffentlicher Jugendhilfe, sowie Jugendfreizeiteinrichtungen beitragen. Dafür ist eine kontinuierliche finanzielle Förderung unerlässlich.

Wir plädieren für die Einführung einer Kinderfreundlichkeitsprüfung bei allen Ent-scheidungen auf kommunaler Ebene.

6. ASYL

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Meißen heißen Menschen aus allen Kulturkreisen will-kommen.

Die staatliche Ausgrenzung von Asylsuchenden durch die Unterbringung in maroden Sammelunterkünften, durch Arbeitsverbote, die Residenzpflicht und Diskriminie-rung durch entwürdigende Sachleistungen, stigmatisieren die Betroffenen und leis-ten rassistischen Vorurteilen Vorschub.

Wir wollen die Bedingungen im Landkreis Meißen so gestalten, dass sich Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder ihres sozialen Status, wohl-fühlen und entfalten können. Hierzu gehört auch, dass niemand aufgrund von Na-tionalität oder Aufenthaltsstatus im Gesundheitssystem benachteiligt werden darf. Aus diesem Grund setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, dass jede leistungsberechtigte Person eine eigene Gesundheitskarte erhält. Bei der Unterbringung von Asylsuchenden fordern wir einen direkten und offenen Dialog zwischen Stadtverwaltungen, Landkreisverwaltung, Landesregierung und Bürgerinnen und Bürgern. Nach einer Orientierungsphase in der Gemeinschaftsunterbringung, halten wir die dezentrale Unterbringung am besten geeignet, um Asylsuchende so würdevoll, wie möglich un-terzubringen und durch die damit verbundene Inklusion Vorurteile, Hass und Über-griffe gegenüber Asylsuchenden zu minimieren.

Zur Beendigung der Unterbringung in Sammelunterkünften setzen wir GRÜNE uns für die Bereitstellung und wirklich aktiven Suche dezentraler Unterbringungsmög-lichkeiten ein.

7. ERZIEHUNG UND BILDUNG

Die bestehenden Kindereinrichtungen sind bedarfsgerecht zu erhalten. Jeder Familie muss es auch weiterhin möglich sein, auf Wunsch einen Kindertagesstättenplatz in Anspruch nehmen zu können.

Die Einschränkung des Anspruchs bei Nichterwerbstätigen lehnt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entschieden ab, da nicht erwerbstätige Erziehende so vom Arbeitsmarkt dauerhaft verdrängt werden.

Bei der Übergabe von Kindereinrichtungen in freie Trägerschaft, ist auf eine breite pädagogische Vielfalt zu achten. Eine weitere Erhöhung der Elternbeiträge lehnen wir ab. Die Beiträge haben eine Grenze erreicht, die nicht überschritten werden darf.

Elterninitiativen und alternative Kinderprojekte wollen wir politisch unterstützen und fördern.

Bildungswege sind Lebenswege, deshalb stehen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Zugangs- und Chancengerechtigkeit unabhängig von sozialer, kultureller oder geographischer Herkunft, sowie eine neue Kultur des lebenslangen Lernens im Mittelpunkt. Kreis und Gemeinden haben als Schulträger und mit der Erstellung des Schulnetzplanes einen erheblichen Einfluss im Bildungsbereich.

Wir fordern auf, dabei landkreisübergreifend zusammenzuarbeiten. Wir unterstützen Initiativen von Schulen im Landkreis, die eine ökologische Lebensweise fördern. Das beinhaltet unter anderem die Initiativen zur Energieeinsparung und zum schonenden Umgang mit Ressourcen.

Die Schülerinnen und Schüler müssen die Möglichkeit haben, ein finanziell günstiges und gesundes Mittagessen in der Schule einzunehmen. Die Beschäftigung von Schulsozialarbeitern oder Schulpsychologen als unparteiische Ansprechpartner an Schulen ist ein wichtiger Beitrag, um möglicher Gewalt entgegen zu wirken. Wichtigste Voraussetzung zur Vermeidung von Gewalt ist und bleibt aber ein offenes und vertrauensvolles Klima an den Schulen.

Schülerinnen und Schüler müssen den Umgang mit neuen Medien erlernen, um auf die veränderten Verhältnisse in einem erweiterten Europa von morgen angemessen reagieren zu können. Der Landkreis als Bildungsträger muss die Voraussetzungen

schaffen, um allen am Bildungsprozess Beteiligten einen Zugang zu den Kommunikationsnetzen zu ermöglichen.

Wir stehen auch weiterhin dafür ein, dass weite Wege zu Schulen und Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche nach Möglichkeit vermieden werden sollten. Wo und solange sich weite Wege nicht vermeiden lassen, ist dies bei der Planung des Unterrichtsbeginns zu berücksichtigen, um die Aufnahmefähigkeit auch der von weiter anreisenden Schüler und Schülerinnen sicher zu stellen. Ganztagschulen und kostenlose Fördergruppen für Kinder und Jugendliche werden von uns unterstützt. Auch die Bestrebungen zum Erhalt und Neuaufbau der Sternwarte Riesa werden von uns begrüßt.

8. KUNST UND KULTUR

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Erhaltung und eine weitere Gestaltung des sozialen und kulturellen Lebensraumes ein. Kultureinrichtungen des Landkreises und der Kommunen sollten für breite Bevölkerungskreise und für Vereine geöffnet bleiben. Die Kulturerziehung von Kindern und Jugendlichen in Musikschulen ist zu erhalten, auszubauen und weiter zu fördern.

Künstlerinitiativen in den größeren Städten, aber auch auf dem Land, sind gleichermaßen zu unterstützen und zu fördern. Kunst und Kultur ist neben anderen wichtiger Standortfaktor für den Landkreis.

Insbesondere setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den weiteren Erhalt der Elblandphilharmonie ein.

III. WIRTSCHAFT

Die Wirtschaftsförderung muss auch weiterhin einen außerordentlichen Stellenwert einnehmen. Dabei sehen wir Ökonomie und Ökologie in einem untrennbaren, zukunftsfähigen Zusammenhang.

Als vordringlich sehen wir unter anderem folgende Maßnahmen:

Besondere Förderungen für kleine Gewerbe und Unternehmen, ständige Information, Transparenz und Effizienz im Zugang zu Fördermaßnahmen, weitere Bestandsaufnahme von Brachflächen und Baulücken, sowie die Sanierung von mit Altlasten verseuchten Flächen. Die vorrangige Nutzung von Brachflächen und Baulücken sowie sanierten (vormals mit Altlasten verseuchten) Flächen für Neuansiedlungen ist zu gewährleisten. Ansiedlungen von Gewerbe und Industrie auf der grünen Wiese erteilen wir eine Absage und auch für Wohnstandorte hat Innenentwicklung Vorrang.

Wir verstehen besonders die Regionen Riesa und Gröditz als Industriestandorte, fordern aber auch hier, dass Auflagen im Rahmen der Betriebsgenehmigung überprüft und eingehalten werden.

Innenstädte sollen wieder attraktiver werden, indem sie zum Einen verkehrsberuhigt werden, zum anderen aber Busse eine preisgünstige Verbindung zwischen Innenstadt und Parkflächen am Rande dieser herstellen.

Parkflächen in unmittelbarer Nähe von Innenstädten und Bahnhöfen sollten auch weiterhin kostenfrei bzw. extrem kostengünstig sein.

Verbindliche ökologische und soziale Kriterien im Landkreis sollen entwickelt werden, die bei allen öffentlichen Beschaffungen, Baumaßnahmen und Auftragsvergaben sowie bei landkreiseigenen wirtschaftlichen Aktivitäten Anwendung finden. Insbesondere für Baumaßnahmen sind die Maßstäbe des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen (BNB) des Bundes anzuwenden.

Seit nunmehr fast 15 Jahren gibt es in unserer Region verstärkt Bemühungen von verschiedenen Firmen, die reichen Bodenschätze, wie Kies, Kiessand, Grauwacke und anderes zu fördern. Diese wurden durch das bis 1996 geltende Bergrecht begünstigt. Oftmals werden Anträge zum Gesteinsabbau auch für ökologisch hoch sensible Gebiete gestellt. Diese dürfen nicht oder nur mit verschärften entsprechenden Auflagen gestattet werden.

Wir setzen vielmehr auf Recycling von Bauschutt, Altschotter und anderen Baumaterialien. Solche Gewerbe schaffen mindestens soviel Arbeitsplätze, wie der Gesteinsabbau in der unberührten Natur.

Bürgerinitiativen vor Ort finden unsere konkrete Unterstützung in Sach- und Rechtsangelegenheiten.

Dem Raubbau in Auenlandschaften muss Einhalt geboten werden. Dies dürfte nicht zuletzt auch eine der Lehren aus den vergangenen Hochwassern sein.

IV. VERKEHR UND MOBILITÄT

Verkehr ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein hoch komplexes Thema, dem wir viel Aufmerksamkeit schenken.

Verkehr sichert einerseits Arbeitsplätze, stellt die Versorgung der Bevölkerung und Industrie/Gewerbe und sorgt vor allem auch für die Beförderung von Menschen. Andererseits beeinflusst Verkehr Natur und Umwelt durch Emissionen verschiedener Art in einem erheblichen Maße. Dieser problematischen Entwicklung gilt es auch in unserem Landkreis Einhalt zu gebieten. Maßnahmen dazu dürfen aber nicht störend Mobilität beeinflussen, sondern sollen regulierenden und ergänzenden Einfluss nehmen.

Unser Ziel ist nicht Mobilität zu verhindern, sondern im Einklang mit Mensch und Natur zu steuern.

1. BUS UND BAHN

Zu dieser Steuerung gehört für uns der Ausbau des ÖPNV in enger Zusammenarbeit mit dem Landkreis und den Städten und Gemeinden auf der einen, der Deutschen Bahn AG und dem Verkehrsverbund Oberelbe auf der anderen Seite.

ÖPNV ist dann attraktiv, wenn er verlässlich und einfach zu nutzen ist. Der öffentliche Personennahverkehr darf trotz knapper Kassen nicht weiter ausgedünnt werden. Hier ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Im Gegenteil – Taktzeiten müssen verdichtet und gegebenenfalls alternative Bedienungsformen, wie Anrufsammeltaxen gewählt werden, denn nur ein dichtes, gut aufeinander abgestimmtes ÖPNV Netz sichert dessen Akzeptanz und damit Fahrgäste.

Wir Grüne stehen als einzige Partei ohne wenn und aber zu einer weiteren Bestellung von SPNV-Leistungen auf der Strecke Meißen — Nossen — Döbeln.

Wir halten einen Ausbau des Verkehrsangebots und eine Wiederinbetriebnahme des Regionalexpressverkehrs für unverzichtbar, um für die Mittel- und Kleinstädte zwischen Dresden und Leipzig eine attraktive Verkehrsanbindung in die Großstädte sicherzustellen. Wir fordern damit eine Rückkehr zum Zustand des Jahres 2001 und stehen für eine Rücknahme aller seitdem durch die Verkehrsverbünde vorgenommener drastischer Angebotsverschlechterungen.

Den Busersatz zwischen Meißen und Döbeln ab Dezember 2015 lehnen wir kategorisch ab. Wir fordern, dass das Votum von über 20.000 Stimmen für den Erhalt des SPNV der Linie Meißen — Nossen — Döbeln seitens der Politik und der Verkehrsverbünde akzeptiert und entsprechend dem Willen der Bevölkerung umgesetzt wird.

Auch in der Zukunft setzen wir uns für den Erhalt des Eisenbahnknotens Riesa mit Anbindung an die IC-Linien ein. Wir fordern die Anbindung von Großenhain an den Fernverkehr (IC/EC) der Deutschen Bahn AG von und nach Berlin. Im Nahverkehr der Bahn ist die S-Bahnanbindung von Riesa und Großenhain nach Dresden und die Verkürzung der Taktzeiten anzustreben.

Wir unterstützen darüber hinaus alle Bemühungen für eine Reaktivierung der traditionsreichen Strecken Riesa — Nossen und Nossen — Freiberg, sowohl für den Güterverkehr, als auch künftig wieder für den Personenverkehr.

Anschlüsse zwischen den verschiedenen Nah- und Fernverkehrslinien sind auszubauen. Auch hier gilt ebenso, wie für Buslinien, das Angebot muss benutzerfreundlicher werden. Die Preise müssen, unter Beachtung aller Kriterien im sozialen, ökologischen und ökonomischen Bereich, bürgerfreundlich gestaltet bleiben. Dies ist umso wichtiger, da sich mit Bildung unseres großen Landkreises z.B. die Wege zu den Ämtern für die Bevölkerung verlängert haben.

Die aktuell gültige Schülerbeförderungssatzung des Landkreises ist dringend veränderungsbedürftig. Ermäßigungen auf die Monatskarte beim Schülerverkehr, sind z.Z. abhängig von der Schulortswahl und der Entfernung zwischen Wohnort und Schule, die Elternbeiträge werden jährlich fällig, die Satzung erfordert einen erheblichen bürokratischen Aufwand. Wir treten für ein landkreisweites Schülerticket ein, welches zu einem ermäßigten Fahrpreis von allen Schülerinnen und Schülern direkt erworben werden kann – unabhängig von den o.g. Kriterien und ohne bürokratischen Aufwand. So wird auch die elternunabhängige Mobilität von Kindern und Jugendlichen, gerade im ländlichen Raum, gefördert.

Der öffentliche Verkehr soll nicht nur zwischen den Verwaltungszentren des Landkreises, sondern auch im ländlichen Raum erweitert und verbessert werden.

2. UNTERWEGS MIT DEM RAD

Im gesamten Landkreis ist das Fuß- und Radwegenetz weiterhin ständig zu entwickeln und auszubauen, dabei haben Schulwege unbedingt Vorrang. Die Schaffung von Fahrradstreifen am Straßenrand sehen wir als gute Alternative und als einen fairen Kompromiss an. Radfahrerinnen und Radfahrer tragen einen erheblichen Teil zum Verkehrsaufkommen im Landkreis bei. Wir brauchen ein Radverkehrsnetz, das seinen Namen verdient und sowohl sicher, alltags- als auch tourismustauglich ist.

An Bahn- und Busbahnhaltstellen sind überdachte Fahrradabstellplätze zu bauen.

3. STRASSE

Das Straßennetz im Landkreis ist trotz zahlreicher Baumaßnahmen, immer noch in einem schlechten Zustand. Die bedarfsgerechte Sanierung vorhandener Straßen und Investitionen in die Verkehrssicherheit, haben für uns Vorrang.

Der Neubau von Umgehungsstraßen kann erforderlich sein, muss jedoch vorab umfassend ökonomisch und ökologisch geprüft und bewertet werden. Wir setzen uns für die Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen an der BAB 4 und BAB 14 im Bereich des Autobahndreiecks Nossen ein. Insbesondere fordern wir, dass sich der Landkreis nachdrücklich für den Bau eines Lärmschutzwalles oder einer Lärmschutzwand einsetzt, damit ein Mindestmaß an Lebensqualität im Nossener Ortsteil Deutschenbora wieder hergestellt werden kann.

4. ZU FUSS

Vor allem in den Städten Riesa, Großenhain, Gröditz und Strehla stellen noch immer unebene Fußwege aber auch erhöhte Eingänge zu Einrichtungen und Ämtern erhebliche Hindernisse für Behinderte und ältere Menschen da. Wir setzen uns verstärkt dafür ein, dass allerorts diesem, immer noch unbefriedigenden Zustand Abhilfe geschaffen wird.

Um jedem Bürger und jeder Bürgerin ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, setzen wir uns für die baldige Schaffung barrierefreier Zugänge zu allen öffentlichen Einrichtungen des Landkreises und seiner Kommunen ein. Auch der ungehinderte

und gefahrlose Zugang zu öffentlichen Sitzungen der Gemeinde- und Stadträte sowie des Kreistages ist zu gewährleisten.

Bei Parkplatzkapazitäten und der Beschaffenheit der Fußwege sehen wir weiteren Handlungsbedarf. Schlechte, unebene oder gänzlich fehlende Fußwege in den Städten und Gemeinden, schränken ebenso, wie nicht behindertengerecht ausgebaute Haltestellen des ÖPNV Mobilität ein und müssen daher zielstrebig umgebaut werden.

Das wilde Parken auf Fußwegen muss durch die Ordnungsbehörden noch stärker kontrolliert und noch konsequenter geahndet werden.

V. BAUWESEN UND WOHNUNGSPOLITIK

Der Zustand unserer Städte hat sich in den letzten Jahren zum besseren gewandelt. Vieler Orts wurden fast verfallene, erhaltenswerte Häuser gerettet und frisch saniert.

Die Wohnbedingungen haben sich für viele deutlich verbessert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für Förderung und Erhaltung eines attraktiven Wohnumfeldes durch ökologische Kommunalentwicklung und Zukunftssicherung ein. Verbindungen von Wohn-, Grün-, Infra- und Einkaufsstrukturen sollen erhalten bleiben und bei Planungen berücksichtigt und weiter ausgebaut werden. Unsere Bau – und Wohnungspolitik ist von den nachfolgenden vier Grundsätzen geleitet.

1. FRÜHESTMÖGLICHE BÜRGERBETEILIGUNG

Nicht nur die Parteien mit ihren Abgeordneten in den Parlamenten stehen in der Verantwortung für eine gute Bau- und Wohnungspolitik. Vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger, die Anwohner und Anwohnerinnen, die Betroffenen müssen die Möglichkeit erhalten ihr Mitspracherecht schon in der Planungsphase wahrnehmen zu können, um ihre Vorstellungen und Ideen mit einbringen zu können und zwar mehr, als bisher. Dies soll vor allem durch regelmäßige Informationsveranstaltungen in den betroffenen Gebieten/Stadtteilen erreicht werden.

Bürgerinitiativen dürfen nicht länger als Gegner angesehen, sondern müssen als Partner anerkannt werden.

2. KINDER-, BEHINDERTEN- UND ALTERSGERECHTES BAUEN

In den letzten Jahren wurden viele Spielplätze neu geschaffen. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Zur Sicherheit der Kinder ist in den Wohngebieten verstärkt auf verkehrsberuhigte Zonen zu achten. Es sind auch weiterhin Spielmöglichkeiten in unmittelbarer Wohnnähe zu schaffen.

Bei allen Baumaßnahmen sind die Belange von Menschen mit Behinderung aber auch von Seniorinnen und Senioren zu berücksichtigen. Um dies zu erreichen, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Ämtern und den verschiedenen Behindertenvereinen, Seniorenvereinen und Selbsthilfegruppen anzustreben.

Wir unterstützen die Schaffung von neuen Begegnungsstätten in ehemaligen Räumen der Kommunen, da es insbesondere in einigen Dörfern keinerlei öffentliche Räume und Versorgungseinrichtungen mehr gibt.

3. UMWELTGERECHTES BAUEN UND AUSREICHENDE BEGRÜNUNG

Wir brauchen das „Grün“ dort am dringendsten, wo wir leben, also direkt vor unserer Haustür.

Neben der Erhaltung von Baum- und Strauchbeständen in Wohngebieten und innerstädtischem Gebiet, bedeutet das auch eine Erhöhung von Neupflanzungen. Projekte zur Stadtbegrünung müssen konsequenter als bisher angegangen werden. Grüne Fassaden und Dächer verschönern unserer Städte und tragen u.a. zur Luftverbesserung und Klimatisierung bei. Bei allen öffentlichen Bauvorhaben sind die Vorgaben des Bewertungssystems nachhaltiges Bauen des Bundes zu anzuwenden. Besonders bei dem Bau von Parkplätzen ist die Versiegelung von Flächen so gering wie möglich zu halten.

Die Bebauung von Flußauen und Hochwasserrückzugsgebieten (wie alte Flussläufe) hat zu unterbleiben und wird von uns auf das Schärfste abgelehnt.

4. VERMEIDUNG VON POLARISIERUNGEN

Eine Sanierung in sensiblen Gebieten, (Innenstädte/Altstädte) muss vor einem Neubau angestrebt werden. Wenn Neubauten nicht zu umgehen sind, sind diese in die städtebauliche Substanz des Gebietes einzubetten.

VI. NATURSCHUTZ

Das ökologische Gleichgewicht ist noch immer gestört. Gründe waren das rücksichtslose Wirtschaften und Verhalten auf Kosten von Natur und Umwelt. Während diese Ursachen heute größtenteils beseitigt sind, ergeben sich durch den Verkehr (Schwerlast- und Individualverkehr) und den Flächenbedarf für Wohnungsbau- und Gewerbestandorte erhebliche Probleme. Bei Umwelt- und Naturschutzproblemen fordern wir ein Akteneinsichtsrecht für Organisationen und Bürgerinnen und Bürger. Wir unterstützen alle Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte zur Herstellung und Erhaltung von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen.

Wir befürworten die Erhaltung und Unterschutzstellung von Lebensräumen besonders gefährdeter Tier- und Pflanzenarten, sowie von Landschaftsbestandteilen, die sich durch besondere Schönheit und Einmaligkeit auszeichnen bzw. besondere Bedeutung für die Erholung haben.

Ebenso sind die weiträumigen Waldflächen im Ostteil des ehemaligen Altkreises Großenhain zu erhalten und für einen sanften Tourismus zu nutzen. Wir treten ein für die Weiterführung von Maßnahmen zur Landschaftspflege und zur Erhaltung von Parks.

Wir wollen das landschaftsgerechte Bauen und die Erhaltung traditioneller Landschaftsbilder fördern, Bebauungspläne sollen auch einen Grünordnungsplan erhalten. Vorhaben, die den Grundwasserspiegel absenken sind besonders kritisch zu betrachten.

In der Vergangenheit durchgeführte Absenkungen sollten schrittweise wieder rückgängig gemacht werden. Verstärkte Aufmerksamkeit ist der Regenwasserversickerung zu widmen. Die Versiegelung großer Flächen und die Bebauung der Flußauen wird durch uns strikt abgelehnt.

Wir unterstützen besonders alle be- und entstehenden örtlichen Umwelt- und Naturschutzgruppen, sowie Initiativen zur Bewahrung von Natur und Umwelt und streben mit diesen eine enge Zusammenarbeit an. Darüber hinaus streben wir an, das Umweltzentrum von „Pro Natura“ im „Haus des Gastes“ in Diesbar-Seußlitz zu einem kreisweiten Naturschutzzentrum im Landkreis auszubauen. Die im Kreisgebiet vorkommenden, besonders schützenswerten Tierarten müssen durch geeignete

Maßnahmen weiter im Bestand stabilisiert werden. Biotope sind zu erhalten und vor schädigenden Einflüssen zu schützen.

VII. LANDWIRTSCHAFT UND GARTENBAU

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN räumen auch in Zukunft der Landwirtschaft im Landkreis einen hohen Stellenwert ein. Auch wenn wir uns der aktuellen Entwicklung leider nicht verschließen können: Landwirtschaft heute kann kaum noch Vollerwerbstätigkeit absichern.

In Verbindung mit Naherholung, Reise und Touristik sehen wir aber eine Chance zum Neuaufbau bzw. Ausbau einer starken Landwirtschaft und unterstützen deren Reorganisation. Die ökologische Bearbeitung von Böden muss in Zukunft mit ökonomischen Gesichtspunkten einhergehen aber auch mit der Erhaltung der Artenvielfalt unserer Flora und Fauna. Für eine Artenregulierung sehen wir weiterhin den Erhalt von Feuchtstellen, Feldraingewächsen u.a. für dringend geboten.

Die Ausbringung von genmanipuliertem Saatgut stellt aus unserer Sicht eine Gefahr für die Artenvielfalt bis hin zur Gesundheit der Bevölkerung dar und wird von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiterhin vehement abgelehnt. Solange die Folgen der Gentechnik nicht bekannt sind, sollten keine weiteren Flächen mit genetisch verändertem Saatgut bestellt werden. Wir unterstützen auch in Zukunft Landwirte und Initiativen, die der Ausbreitung der Gentechnik in der Landwirtschaft entgegen wirken.

Besonders in den Gebieten der „Großenhainer und Lommatzcher Pflege“ setzen wir uns auch weiterhin für die Förderung des ökologischen Landbaus ein. Verbrauchergemeinschaften wollen wir weiterhin unterstützen und stärken. Die übermäßige Ausbringung von Gülle und Klärschlamm lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch in Zukunft ab. Die Belastung für Böden und Gewässer ist aus unserer Sicht nicht verantwortbar.

Wir lehnen Massentierhaltung und Tiertransporte auf Entfernungen von mehr als 100 km ab.

VIII. ENERGIEPOLITIK

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Meißen stehen auch weiterhin für eine zukunftsorientierte Energiepolitik und setzen auf die Nutzung von erneuerbaren Energien (Sonne, Wind, Wasser u.a.). Ausbau- und entwicklungsfähig ist dabei der Weg der Riesaer Stadtwerke (Kraft-Wärmekopplung).

Die Nutzung von erneuerbaren Energien muss nach wie vor verstärkt für Industrie aber auch Großverbraucher und Private bekannt gemacht und gefördert werden. Bei der Nutzung von Sonnenenergie, unter anderem an öffentlichen Gebäuden, sollten Kommunen und Gemeinden weiter mit gutem Beispiel vorangehen und ihrer Vorbildwirkung gerecht werden. Im Stadtrat der Großen Kreisstadt Riesa wurden dazu die ersten Schritte getan, die wir Bündnisgrünen unterstützen.

Auch dem Thema Lichtverschmutzung messen die Bündnisgrünen eine zunehmende Bedeutung bei. Gerade in Anbetracht der Klimaveränderung in diesem Jahrhundert, setzen wir uns für die vorrangige Erschließung und Nutzung aller Einsparpotenziale beim Energieverbrauch ein. Das betrifft aus unserer Sicht vorrangig die umweltgerechte Sanierung und Modernisierung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen, sowie die Vermeidung grober Fälle von Energieverschwendung.

Wir appellieren auch an Städte und Gemeinden Sparmöglichkeiten bei der Beleuchtung von Straßen und Wegen zu nutzen, allerdings ohne Einschnitte in die Sicherheit des Straßenverkehrs und der Bevölkerung in Kauf zu nehmen.

Wir nehmen zur Kenntnis dass es in der Region verstärkt Planungen für verschiedene Windkraftanlagen gibt und begrüßen dies grundsätzlich. Allerdings sollte dabei immer auch die Standortfrage eine große Rolle spielen. Belästigungen der Bevölkerung sind zu vermeiden.

Transporte von Atommüll lehnen wir bis zur Festlegung eines geeigneten Endlagers ab. Sie sind gefährlich, teuer und nutzlos. Sollten dennoch Atomtransporte durch den Landkreis Meißen führen, fordern wir einen größtmöglichen Schutz und eine umfassende Informationspolitik gegenüber der Bevölkerung.

IX. WASSER

Eines der kostbarsten Reichtümer der Erde ist das Wasser. In den letzten Jahren gingen durch den Bau von Abwasserleitungen und Kläranlagen die Belastungen der Gewässer zurück. Diese Maßnahmen sind durch den Anschluss von weiteren Gemeinden und Stadtteilen an Kläranlagen weiterzuführen. Die Schadstoffgehalte des Klärschlammes sind mit Hilfe von Kontrollen des Abwassers so zu reduzieren, dass er zur Herstellung von Bioerde und damit zur Rekultivierung eingesetzt werden kann.

Die großen Trinkwasserschutzgebiete in Göhlis und Fichtenberg sind von Gefährdungen freizuhalten. Die Ausstattung der einzelnen Haushalte ist abzuschließen. Die Versickerung und Verwendung von Regenwasser sollte mehr propagiert und gefördert werden. Grundlage der Wasser- und Abwasserpolitik in den entsprechenden Zweckverbänden ist das Solidarprinzip, d.h., dass die größeren Gemeinden (welche relativ kostengünstig an Wasser und Abwasser angeschlossen werden können) die relativ teure Anbindung kleiner Gemeinden in einem Gesamtpreis mit subventionieren. Dieses Solidarprinzip hat bestehen zu bleiben.

Die Kläranlage in Riesa ist schnellstens um eine biologische Reinigungsstufe zu erweitern. In ländlichen Gebieten sollten dezentrale Kleinkläranlagen gebaut werden, um die Kosten infolge einer langen Trassierung zu senken.

X. ABFALLWIRTSCHAFT

Die Hauptziele einer ökologisch orientierten Abfallwirtschaft bestehen in der weitgehenden Abfallvermeidung (z.B. Mehrwegflasche) und der Abfallverwertung. Die Verwertbarkeit von gebrauchten Verpackungen muss ein entscheidendes Kriterium bei der Neuproduktion sein.

Die Sicherung und Sanierung von Altablagerungen und Altstandorten muss weitergeführt werden. Für die Abfallentsorgung soll die Gebühr in einen Pauschalteil und in einen vom Aufkommen abhängigen Teil gesplittet sein. Die Abfallentsorgung ist so zu gestalten, dass weitere Kostensteigerungen vermieden werden. Zentrale Abfallentsorgungsanlagen sind entsprechend des Aufkommens zu konzipieren, dabei ist

eine Zusammenarbeit mit anderen Verbänden wichtiger, als autarke Bestrebungen zur Entsorgung.

XI. GESCHLECHTERPOLITIK

Hauptbetroffene des sozialen Abbaus sind immer noch Alleinerziehende und Familien mit Kindern. Trotz einiger gesetzlicher Veränderungen gibt es auf kommunaler Ebene immer noch genügend Handlungsbedarf.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Meißen treten nach wie vor für eine freie Entscheidung über die Kinderbetreuung ein. Kindertagesstätten mit ihrer traditionellen Ausrichtung sollen erhalten bleiben, gleichzeitig aber stehen wir auch für alternative Formen der Kinderbetreuung wie Kinderläden, Eltern-Kinder-Treffs, Tagesmütter u.a.. Die Staffelung der Elternbeiträge ist für die Ermöglichung dieser Vielfalt eine Voraussetzung.

Wir treten nach wie vor für die Schaffung eines Frauenhauses in der Region Riesa – Großenhain ein und halten dies nicht für überflüssig. Der Schutz und die Beratung für in Not geratene aber vor allem misshandelte und missbrauchte Frauen soll Schwerpunkt dieses Hauses sein. Der Aufenthalt im Haus soll aber selbstverständlich nur Übergangscharakter haben. Alleinerziehende Mütter und Kinderreiche Familien sollen auch in Zukunft noch verstärkter durch Zuschüsse und Hilfen entlastet werden.

XII. TIERSCHUTZ

Ein Schwerpunkt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist nach wie vor der Tierschutz. Auch wenn unverkennbar in der vergangen Zeit im Tierschutz viel getan wurde, gibt es dennoch Veränderungsbedarf. Selbst in der heutigen Zeit sind Tiere oftmals dem Menschen praktisch schutzlos ausgeliefert. Durch Aufklärung über den Tierschutz und die Tierhaltung, aber auch harter Ahndung von Verstößen durch Behörden unter Anwendung der geltenden Gesetze, wollen wir den Umgang von Menschen mit Tieren verbessern.

Für uns ist Tierquälerei kein Kavaliersdelikt oder Fehltritt.

Die von Städten und Gemeinden erhobene Hundesteuer soll in Zukunft nicht mehr eine nette kleine Nebeneinnahmequelle sein und einfach in die allgemeinen Kassen einfließen, sondern ausschließlich im Tierschutz (z.B. für örtliche Tierheime, Hundetoiletten) Verwendung finden. Städte und Gemeinden müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Versorgung von ausgesetzten, scheinbar herrenlosen Tieren eine Pflichtaufgabe der Kommunen ist. Daher ist in Zukunft die Arbeit von Tierheimen verstärkt anzuerkennen und mit diesen zusammenzuarbeiten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich auch in Zukunft für den Erhalt der Tierheime in der Region einsetzen und Tierschutzvereine und im besonderen Tierheime in ihrer Arbeit tatkräftig unterstützen.

www.gruene-meissen.de

